

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuß

17. Sitzung
am Mittwoch, dem 10. September 1997, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Uwe Döring (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Bernd Saxe (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Eva Peters (CDU)

Torsten Geerds (CDU)

Thorsten Geißler (CDU)

Jost de Jager (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Vorsitzender

in Vertretung von Wolfgang Baasch

in Vertretung von Meinhard Füllner

Weitere Anwesende

Tagesordnung:		Seite
1.	Entschließung zur Wirtschafts- und Währungsunion	4
	Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/700	
	Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 14730	
2.	19. Tätigkeitsbericht des Landesdatenschutzbeauftragten für den Datenschutz beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages	6
	Drucksache 14/600	
3.	Verschiedenes	8

Der Vorsitzende, Abg. Uwe Döring, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entschließung zur Wirtschafts- und Währungsunion

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/700

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/730

(überwiesen am 15. Mai 1997 an den Europaausschuß, den Finanzausschuß und den Wirtschaftsausschuß)

Nachdem die Vertreter der Fraktionen übereinstimmend erklärt haben, daß man keinen Kompromiß für einen gemeinsam zu tragenden Antrag gefunden habe und daß man die inhaltliche Diskussion im Plenum führen wolle, läßt der Vorsitzende über beide Anträge absatzweise abstimmen.

Die Absätze Nummer 1 und 2 des Antrages Drucksache 14/700 werden einstimmig angenommen.

Die Nummer 3 des Änderungsantrages Drucksache 14/730 wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Die Nummer 3 des Antrages Drucksache 14/700 wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Die Nummer 4 des Änderungsantrages Drucksache 14/730 wird gegen die Stimmen der CDU mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Die Nummer 4 des Ursprungsantrages Drucksache 14/700 wird bei Streichung der Wörter "die zügige Verankerung" im letzten Satz mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Der Antrag von Abg. Saxe, in der Nummer 5 des Änderungsantrages Drucksache 14/730 nach den Wörtern "und Kreise" in Satz 2 das Wort "weiterhin" einzuführen, wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU gebilligt. Einstimmig wird die Nummer 5 jedoch in der so geänderten Fassung angenommen.

Die Nummer 6 des Änderungsantrages in Drucksache 14/730 wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Einstimmig wird die Nummer 7 des Änderungsantrages Drucksache 14/730 gebilligt.

Der Ursprungsantrag Drucksache 14/700 wird in der so geänderten Fassung einstimmig angenommen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**19. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz beim
Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

Drucksache 14/600

(überwiesen am 24. April 1997 an den Innen- und Rechtsausschuß und alle übrigen Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

In den Zuständigkeitsbereich des Europaausschusses fällt die Nummer 8 des Berichts "Europäische ISDN-Richtlinie", Seite 120 folgende.

Eingangs teilt MR Beilecke in Vertretung von LD Dr. Bäumler zum Beratungsstand über die europäische ISDN-Richtlinie mit, daß nun endlich die letzten Beratungen im Europaparlament bevorstünden. Man hoffe, daß die Richtlinie ähnliche Sicherheiten für die Benutzer und Teilnehmer am Medien- und Informationsverkehr bringen werde, wie sie das bundesinterne Verfahren nach dem Informations- und Kommunikationsdienstegesetz mit seinen entsprechenden Parallelbestimmungen garantiere.

Im weiteren teilt MR Beilecke mit, daß LD Dr. Bäumler zur Zeit in Bonn zur Diskussion über die Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes weile. Dieses Bundesgesetz müsse an die neue EU-Richtlinie über den Datenschutz angepaßt werden. Dazu liege ein Referentenentwurf der Bundesregierung vor, der sich jedoch nur auf einer minimalen Anpassungsebene bewege. Die Datenschutzbeauftragten bemühten sich nun, die erkannten Schwachstellen des Bundesgesetzes auszumerzen.

Die Anpassung des Bundesdatenschutzgesetzes an die EU-Richtlinie werde auch Folgen für Schleswig-Holstein haben. Auch das Landesdatenschutzgesetz müsse nämlich dann entsprechend geändert werden. Dabei habe man die Hoffnung, auch die erkannten Schwächen des Landesgesetzes nachbessern zu können. Zu nennen seien hier beispielsweise Fragen, die sich aus der technischen Datensicherung ergäben wie beispielsweise das Problem der Fernwartung, oder aber auch Fragen, die sich auf die rasante Fortentwicklung des Computers bezögen. Er wolle hier nur an die vor wenigen Jahren noch intensiv diskutierte Benutzung privater PCs durch Lehrer erinnern.

Nachgebessert werden müsse als Folge der EU-Richtlinie auch bei der Struktur der Aufsichtsbehörde für den Datenschutz in der Wirtschaft, also im nichtöffentlichen Bereich. Die

EU verlange, daß für den nicht öffentlichen und den öffentlichen Bereich gleichermaßen eine absolut unabhängige Stelle die Aufsicht durchführen müsse. Heute habe die Aufsicht für den nichtöffentlichen Bereich ein beim Innenministerium angesiedeltes Referat. Ein solches Referat sei aber niemals unabhängig und entspreche somit nicht den Forderungen der EU-Richtlinie. Hinzu komme, daß die Befugnisse dieser Aufsichtsbehörde erweitert werden sollen. Man wolle weg vom der sogenannten Anlaßaufsicht hin zur Ermessensaufsicht der Behörde.

Auch solle eine Erweiterung der Kontrolle auf das Objekt erfolgen. Es solle also nicht nur die Datenverarbeitung im Zusammenhang mit den Dateien kontrolliert werden, sondern unabhängig von der Technik der Datenverarbeitung sei nun eine Erweiterung der Kontrolle auf den Aktenbestand im öffentlichen Bereich vorgesehen.

Im Hinblick auf diese Änderungen seien Überlegungen in Gange, die Aufsicht für den öffentlichen Bereich mit der im nichtöffentlichen Bereich zusammenzulegen. Das werde vom Landesdatenschutz für organisatorisch sinnvoll gehalten. Allerdings seien hierbei auch verfassungsrechtliche Fragen zu klären, wie zum Beispiel diejenige, ob eine Stelle, die Verwaltungsakte erlassen dürfe, im weisungsfreien Raum angesiedelt werden könne.

Abschließend erinnert MR Beilecke daran, daß Schleswig-Holstein bereits Modellregion für den Weg in die Informationsgesellschaft sei und sich der Datenschutzbeauftragte in diesem Zusammenhang Überlegungen gemacht habe, eventuell auch Modellregion im Bereich der Datenverarbeitung zu werden. Denn vor dem Hintergrund des Wandels von der Industriegesellschaft hin zur Informationsgesellschaft gewinne die Überlegung an Gewicht, daß einem allgemeinen Zugang zu den neuen Informationsquellen eine besondere Bedeutung zukomme. In diesem Zusammenhang habe der Datenschutzbeauftragte auch bereits vorgeschlagen, in die Landesverfassung als Staatsziel die Förderung dieses Übergangs in die Informationsgesellschaft durch ein Zugänglichmachen von Informationen und Informationstechnik vorzuschlagen (Umdruck 14/968).

Dieses Thema sei auch schon in der 11. Sitzung des Sonderausschusses "Verfassungsreform" zur Sprache gekommen.

Beschluß: Der Ausschuß nimmt abschließend den Bericht mit großem Interesse zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Verschiedenes

1. Der Vorsitzende macht eine Einladung zur Zusammenarbeit mit dem Baltischen Migrationsfonds bekannt. Siehe Umdruck 14/1093.

2. Der Vorsitzende teilt mit, daß in Kürze eine Kurzfassung der Agenda 2000 verteilt wird. Siehe Umdruck 14/1094.

Nächster Sitzungstermin: Mittwoch, der 1. Oktober 1997.

Die Haushaltsberatungen werden am 23. Oktober gemeinsam mit dem Finanzausschuß stattfinden.

Der Vorsitzende, Abg. Döring, schließt die Sitzung um 10:30 Uhr.

gez. Uwe Döring
Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haaß
Geschäfts- und Protokollführerin